



Berlin, 20.12.2005

UFE beklagt gefährliche Containerbegasung

In einem Fernsehbericht im Westdeutschen Rundfunk hat UFE-Präsident Dieter Ondracek auf die ernst zu nehmenden Gesundheitsgefahren für Zöllner und Verbraucher bei der Kontrolle von begasten Containern hingewiesen.

Anschließend finden Sie einen Bericht des WDR Fernsehens zu dieser Dokumentation.

06.12.2005, 21.55 - 22.10 Uhr

Gefährliche Containerbegasung

Ein Beitrag von Birgit Augustin



Rotterdammer Hafen, Zollstation. Marcel Luijendijk bereitet eine Containerkontrolle vor. Zwei Messgeräte hat er dabei – das eine misst den Sauerstoffgehalt im Container, das andere spürt Gas auf. Der Alarm geht sofort los.

„Da ist eine Ladung Plastik drin“, sagt Marcel Luijendijk vom Hafendienst Rotterdam. „Das entzieht dem Container den Sauerstoff. Wir machen weiter mit der Kontrolle, um zu schauen, ob da vielleicht auch Giftgas drin ist.“

Containerkontrolle hat schon Menschenleben gefordert

Zunächst ist nur klar: Im Container ist zu wenig Sauerstoff. Aber jedes Mal, wenn es einen Verdacht gibt, legt Luijendijk Schutzkleidung an. Denn in zahlreichen Containern lauert noch eine andere Gefahr: Und die heißt Methylbromid. Hochgiftig, krebserregend.

Mittlerweile ist das bei jedem dritten Container, der aus Asien anlandet, der Fall. Das gefährliche Gas soll die Waren vor Ungeziefer schützen. Dabei gibt es Alternativen zur Schädlingsbekämpfung: Hitze etwa oder Sauerstoffentzug.

Kaum einer der begasten Container ist ordentlich gekennzeichnet. Das hat in der Ukraine und Südafrika bereits zwei Menschenleben gekostet. In Rotterdam ist man deshalb vorsichtig. Gibt es Alarm, wird der Container in einer speziellen Halle mehrere Tage entgast. Das aber kostet Zeit und Geld. Den Aufwand treibt sonst kein Hafen in Europa.

Eine ernstzunehmende Gesundheitsgefahr für Zöllner und Verbraucher

„Wir fordern von der Europäischen Kommission, dass europäische Regelungen für die Kontrolle von vergasten Containern auf hohem Standard gesichert werden“, sagt Dieter Ondracek von der Union des Finanzpersonals in Europa. „Es geht hier um die Gesundheit der Zöllner, um die Gesundheit der Hafearbeiter, um die Gesundheit der Bevölkerung. Wenn giftige Stoffe verwendet werden, dann ist das auch für die Bevölkerung, die dann hinterher die Produkte verbraucht, gefährlich.“

Was die Forderung noch unterstreicht, ist eine Studie, die dem Bericht aus Brüssel vorliegt. Das Gas dringt demnach auch in die transportierten Waren ein, so das niederländische Umweltministerium: Matratzen, Schuhe, und Kleidung – vor allem aus China - sind belastet. Aber auch Süßigkeiten, Reis und Spielzeug nehmen Methylbromid auf. Eine ernstzunehmende Gesundheitsgefahr, so die Studie. Denn das Gas verändert sogar die Zusammensetzung von Medikamenten und Lebensmitteln. Vor der Kamera darf der zuständige Inspektor nicht reden, angeblich, weil der Bericht noch nicht fertig ist. Doch auch deutsche Arbeitsmediziner warnen: Erstens sei Methylbromid eigentlich verboten, weil es die Ozonschicht zerstöre. Und: „Es hat noch eine zweite Wirkung“, so der Arbeitsmediziner Prof. Xaver Baur, „nämlich dass es auf unser genetisches Material, auf unsere DNA einwirkt und im Tierversuch zumindest als krebserzeugend identifiziert wurde. Hier kann man auch bei niedrigen Konzentrationen eine anhaltende Schädigung nicht ausschließen.“

Zöllner fordern einheitliche europäische Kontrollen

Aus all diesen Gründen nun fordern die Zöllner einheitliche europäische Kontrollen. Doch die EU-Kommission sieht sich nicht in der Verantwortung und verweist auf die bestehenden Vorschriften. „Es sind die Länder, die sich um die Umsetzung bemühen müssen und Kontrollen durchführen müssen, damit die Gesetze, die eigentlich eine gute Basis bilden, die Wirkung haben, die sie haben sollen“, sagt Kommissionssprecherin Katharina von Schnurbein.

Recherchen des Bericht aus Brüssel zufolge werden Container und Waren aber keineswegs systematisch auf Methylbromid kontrolliert, so wie in Rotterdam. Vielleicht weil die konsequente Kontrolle von Millionen von Containern viel zu teuer wäre. Die einen fühlen sich nicht zuständig, die anderen kontrollieren nicht – was bleibt ist die Gesundheitsgefahr für die Verbraucher.